

Pressemitteilung vom 11.08.2022

Tausende afghanische Familienangehörige warten auf Botschaftstermin

„Mehr als 5.000 afghanische Familienangehörige warten derzeit auf einen Botschaftstermin, um ein Visum zur Familienzusammenführung beantragen zu können. Viele von ihnen sitzen monate- oder gar jahrelang unter unzumutbaren Bedingungen in Afghanistan fest. Besonders problematisch ist die Situation für Frauen, deren Rechte die Taliban seit ihrer Rückkehr an die Macht deutlich eingeschränkt haben“, erklärt die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zum Familiennachzug zu Schutzberechtigten und zu Problemen beim Familiennachzug aus Afghanistan. Bünger weiter:

„Die Wartezeiten auf einen Termin betragen mehr als ein Jahr, und das schon seit 2020. Die damit verbundenen überlangen Trennungszeiten verletzen eklatant den menschenrechtlich gebotenen Schutz des Familienlebens. Zwar hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Verfahren zu beschleunigen – beispielsweise wurden die Visastellen angewiesen, Ermessensspielräume zu nutzen und das aufwändige Urkundenüberprüfungsverfahren wurde ausgesetzt – doch das kommt viel zu spät und reicht bei Weitem nicht aus. Während Fachkräfte nach spätestens drei Wochen einen Visumtermin erhalten müssen, lässt die Bundesregierung verzweifelte Familienangehörige in der Warteschleife hängen. Die Priorität auch der neuen Bundesregierung ist die Erleichterung ökonomisch verwertbarer Migration, nicht aber der Schutz von Geflüchteten und ihren Familien.“

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke